

## Strikte Bedingungen für staatliche Beihilfen

Brüssel. Die EU-Kommission stellt strikte Bedingungen für staatliche Kapitalspritzen oder Teilverstaatlichung von Unternehmen in der Corona-Krise. Dies geht aus geänderten Beihilferegeln hervor, die die Brüsseler Behörde am Freitagabend veröffentlichte. Die neuen Regeln ließen nun auch Unterstützung durch nachrangige Darlehen zu, erklärte Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. „Mit dem Fortgang der Krise werden Unternehmen auch Kapital brauchen, um sich über Wasser zu halten. Wenn Mitgliedsstaaten sich entscheiden einzusteigen, werden wir die heutigen Regeln anwenden, um sicherzustellen, dass Steuerzahler ausreichend entlohnt werden und dass ihre Unterstützung an Bedingungen geknüpft ist.“ Dazu zählen unter anderem ein Verbot von Dividenden und Manager-Boni sowie Auflagen gegen Wettbewerbsverzerrung, betonte Vestager. *dpa*

## Eurogruppe einig über ESM-Krisenhilfen

Brüssel. Die letzten Details der milliardenschweren Krisenhilfen aus dem Eurorettungsschirm ESM sind geklärt. Die Eurofinanzminister einigten sich am Freitagmittag auf die Bedingungen für die Kreditlinien im Umfang von bis zu 240 Milliarden Euro. Damit dürften diese wie geplant zum 1. Juni zur Verfügung stehen. Die ESM-Hilfen waren im April als Teil eines 500-Milliarden-Euro-Pakets vereinbart worden, das auch Unterstützung für Kurzarbeiterprogramme und für Unternehmenskredite vorsieht. Nun ging es noch um die genauen Bedingungen. Die ESM-Kredite sind gedacht für direkte und indirekte Gesundheitskosten der Corona-Pandemie in EU-Staaten und können bis zu zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. *dpa*

## Elon Musk will Teslas Firmensitz verlegen

Washington. Tesla-Chef Elon Musk will den Firmensitz des Elektroauto-Herstellers wegen anhaltender Corona-Beschränkungen in Kalifornien in einen anderen US-Bundesstaat verlegen. Tesla werde die Zentrale und kommende Unternehmungen „sofort“ nach Texas oder Nevada verlegen, so Musk am Samstag auf Twitter. „Ehrlich, das ist das i-Tüpfelchen“, schrieb er in Bezug auf Auflagen des Bezirks Alameda bei San Francisco, die eine Wiedereröffnung der dortigen Tesla-Fabrik vor Juni verhindern würden. Musk will gegen die Entscheidung des Bezirks klagen. Ein Fortbestand der Produktion am Standort Fremont hänge davon ab, wie die Firma dort künftig behandelt werde. *dpa*

### Zahl des Tages

## 55 Milliarden

Italiens Regierung will in Kürze ein neues Hilfspaket in Höhe von rund 55 Milliarden Euro vorstellen, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern.



Am neuen Stadion laufen die Arbeiten wieder. Für die Unternehmen geht es jetzt darum, verlorene Zeit aufzuholen.

Foto: Lex Kleren

# Neue Normalität am Bau

Strenge Sicherheitsmaßnahmen kommen Baubranche teuer zu stehen

Von Thomas Klein

„Wir sind inzwischen wieder nah an hundert Prozent“, schätzt Pol Faber, Generalsekretär des Groupement des entrepreneurs, die Situation im Baugewerbe ein. Drei Wochen nach der Wiederaufnahme der Tätigkeiten nach der Corona-Pause gibt es kaum noch Baustellen, auf denen der Hammer ruht.

Die Unternehmen haben einiges unternommen, um die Baustellen für die geforderten Sicherheitsmaßnahmen fit zu machen. Eine Einschätzung, die auch Patrick Dury, der Chef der Gewerkschaft LCGB, teilt: „Wir fahren regelmäßig zu unseren Delegierten auf den Baustellen. Dabei stellen wir fest, dass die Vorschriften im Großen und Ganzen befolgt werden. Das Schutzmaterial ist überall vorrätig“, so der Gewerkschaftler. „Alle Vorgaben genau einzuhalten ist aufgrund der Natur der Arbeit auf dem Bau etwas schwieriger, aber es wird doch ein großer Aufwand betrieben, um das zu erreichen.“

### Preis der Sicherheit

Aber die verschärften Sicherheitsmaßnahmen haben einen Preis, wie Pol Faber betont. „Die Berechnungen, die wir gemacht haben – und die sich auch mit den Annahmen aus anderen europäischen Ländern decken – ergeben, dass die Maßnahmen die Kosten um etwa zehn Prozent erhöhen“, so Faber. „Das fängt schon morgens an. Die Leute dürfen nicht alle in den gleichen Raum, um sich umzuziehen. Sie müssen Masken anlegen, Hände desinfizieren und Umwege gehen, um die Abstandsregeln einzuhalten. Zudem haben viele Firmen auf den Baustellen ei-

nen Putzdienst einrichtet, um die Anlagen fortlaufend zu desinfizieren. Jeden Tag geht dadurch etwa eine Stunde an Produktivität verloren.“

Das sei aber nicht alles, was an Zusatzkosten, auf die Betriebe zukommt, betont Marc Giorgetti, Chef des Bauunternehmens Félix Giorgetti. „Wir haben zum Beispiel in der Zeit des Baustopps die Sozialkosten für alle Mitarbeiter zahlen müssen. Das allein sind im Durchschnitt 1400 Euro pro Person“, so der Bauunternehmer. „Hinzu kommen die Kosten für die Miete der Baumaschinen und Container, die auch weiterlaufen, sowie die direkten Ausgaben für die Schutzmaßnahmen.“ Giorgetti schätzt, dass das Unternehmen rund 100 000 Euro allein für die Gesichtsmasken bezahlt hat.

Die Unternehmer fürchten nun, auf diesen Extrakosten sitzen zu bleiben. „Anders als ein Friseur

können wir nicht einfach zehn Prozent auf unsere Rechnung draufschlagen, weil die aktuellen Projekte ja auf Verträgen aus der Zeit vor der Krise basieren“, so Faber. Zukünftige Verträge würden diese Zusatzkosten von vornherein natürlich widerspiegeln, sagt Faber. Bauen wird also zumindest für die Dauer der Krise teurer.

### Branche befürchtet Einbruch

Wie im europäischen Durchschnitt betragen die Gewinnmargen in der luxemburgischen Baubranche etwa 3,3 Prozent. Es gibt also wenig Spielraum bei zusätzlichen Kosten. „Wenn die Ausgaben für Sicherheit gegen das Covid-Virus nicht vom Staat oder Kunden bezahlt werden, sind einige Baustellen unprofitabel“, sagt Faber.

Daher sei man aktuell in Verhandlungen mit der Regierung über Hilfen für die Branche. Eben-

so diskutieren die Branchenvertreter mit dem Minister für öffentliche Arbeiten François Bausch über eine Verlängerung der Fristen für Bauprojekte. So sind in vielen der Verträge bestimmte Meilensteine für den Baufortschritt festgelegt. Erfüllt das Bauunternehmen diese Fristen nicht, drohen Vertragsstrafen.

„Das ist noch nicht definitiv zugesagt, aber wir werden wohl eine Verlängerung für diese Termine bekommen“, so Faber. Das soll zunächst nur für öffentliche Aufträge gelten, Faber geht aber davon aus, dass private Bauherren diesbezüglich nachziehen.

Daneben hofft die Branche, die verlorene Zeit wieder aufzuholen, indem der „Congé collectif“ verkürzt werden soll. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften stocken aber. „Die Angebote, die die Arbeitgeberseite bisher in dieser Beziehung gemacht hat, sind nicht zufriedenstellend“, betont Patrick Dury. Diskussionen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmerseite am vergangenen Freitag brachten kein Ergebnis. In der laufenden Woche soll weiterverhandelt werden.

Insgesamt bereitet sich die Branche auf zwei schwierige Jahre vor. „Es wird wohl einen Einbruch geben. Die Gemeinden in Luxemburg haben schon angekündigt, dass sie zusammengenommen 380 Millionen weniger an Aufträgen herausgeben werden. Auch Privatkunden haben schon Bauvorhaben eingestellt“, sagt Faber.

Er hofft daher, dass der Staat auch hier in die Bresche springt und, wie von Minister Bausch angekündigt, Projekte, die für die Zukunft geplant waren, vorzuziehen und schon in diesem Jahr zu beauftragen.



Sicherheitsabstand einhalten: die Trambaustelle in der Luxemburger Innenstadt.

Foto: Lex Kleren